

TARIFRUNDE LÄNDER 2023



## EIN THEMA FÜR BEAMTINNEN UND BEAMTE

*Die GEW fordert gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst 10,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens 500 Euro. Deswegen soll es im Landesdienst in den nächsten Wochen Warnstreiks geben. Und die Gewerkschaften fordern, das Tarifergebnis auf die Besoldung zu übertragen.*

Denken Sie jetzt: „Wie nett, dass die Angestellten mal wieder für mich streiken?“ Dann sollten Sie mal an die vergangenen Jahre zurückdenken! In vielen Ländern wurden Tarifierhöhungen nur verspätet oder vermindert auf die Besoldung übertragen. In fast allen Ländern wurde das Weihnachtsgeld gestrichen. Besoldungserhöhungen sind kein Selbstläufer! Die Länder-Arbeitgeber und Dienstherrn sollen ruhig wissen, dass auch Beamt\*innen hinter der Forderung ihrer Gewerkschaft stehen. Und je besser der Tarifabschluss, desto mehr kann auf die Besoldung übertragen werden.

Beamt\*innen wird in Deutschland weiterhin das Streikrecht abgesprochen. Aber es gibt viele andere Möglichkeiten, den Tarifkampf zu unterstützen, ohne sich der Gefahr eines Disziplinarverfahrens auszusetzen:

- Nehmen Sie an Kundgebungen und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktionen der GEW teil. Bringen Sie möglichst viele solidarische Menschen mit – auch pensionierte Kolleg\*innen!
- Motivieren Sie tarifbeschäftigte Kolleg\*innen zur Streikteilnahme und nehmen Sie streikende Kolleg\*innen in Schutz, wenn sie kritisiert werden!
- Sprechen Sie im Kollegium und Freundeskreis, bei Eltern und Schüler\*innen über die Forderungen der Gewerkschaften und die Notwendigkeit der Streiks.
- Fragen Sie bei Ihrer örtlichen GEW, wie Sie die Streikenden organisatorisch unterstützen können. Das ist nämlich ausdrücklich auch Beamt\*innen erlaubt.
- Weigern Sie sich, streikende Kolleg\*innen zu vertreten. Werben Sie im Kollegium dafür, keine Streikbrecherarbeit zu übernehmen. Auf der Rückseite finden Sie eine Unterschriftenliste.

**Nur gemeinsam sind wir stark!**

